

B e s c h l u s s
des FDP/DVP Landesvorstandes
vom 11. Februar 2005 in Stuttgart

Die Finanzausstattung der Hochschulen verbessern - Nachgelagerte Studientgelte zulassen

Attraktivität und Leistungsfähigkeit der deutschen Hochschulen müssen verbessert werden. Hierfür müssen die Hochschulen mit umfassender Autonomie ausgestattet und in den Wettbewerb untereinander hineingeführt werden. Studierende müssen wie Kunden behandelt werden. Ihre Bedürfnisse sollen im Zentrum der Hochschullehre stehen. Dazu müssen die Hochschulen umdenken, brauchen aber auch Anreize durch eine geänderte Finanzierung von Studium und Lehre.

Doch auch die Studierenden müssen um der Verbesserung ihrer Ausbildung willen von lieb gewonnenen Privilegien Abschied nehmen. Nötig ist das Bewusstsein, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen im Hochschulbereich verantwortungsvoll und sparsam umgegangen werden muss.

Gleichzeitig muss auch die finanzielle Situation der deutschen Hochschulen verbessert werden. Die Hochschulen brauchen erheblich mehr Geld. Dieses Geld kann angesichts der katastrophalen Haushaltslage und dem für die Liberalen vorrangigen Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Landeshaushalten aufgebracht werden. Um die Qualität der Lehre wirklich zu verbessern, werden daher in Zukunft die Studierenden unter bestimmten Voraussetzungen einen Eigenanteil zu tragen haben.

Angemessen gestaltete Studientgelte sind vor diesem Hintergrund eine Lösung, die die liberalen Aspekte des Wettbewerbs als Motor von Veränderungen verbindet mit positiven finanziellen Auswirkungen für die Universitäten und der Chance für die Studierenden, unter verbesserten Bedingungen zu studieren. Als Liberale achten wir dabei strikt darauf, dass die Chancengleichheit gewahrt bleibt. Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zu unseren Hochschulen. Seine finanziellen Verhältnisse oder die seiner Eltern dürfen kein Grund sein, der der Aufnahme eines Studiums im Wege steht.

Damit einhergehen muss ein umfassender Ausbau des Stipendienwesens. Neben einer weiterhin angemessenen öffentlichen Begabtenförderung müssen etwa durch eine Reform des Stiftungssteuerrechts weitere Anreize für vermehrtes Engagement Privater geschaffen werden.

Zur Erreichung all dieser Ziele fordert die FDP

- die Gesamtsumme der staatlichen Mittelzuweisungen an die Hochschulen festzuschreiben. Ziel ist nicht die Sanierung der Landeshaushalte, sondern die Verbesserung der Finanzausstattung der Hochschulen.
- die Verteilung der staatlichen Mittel durch Kopfbeträge pro Student oder Absolvent oder durch die Ausgabe von Bildungsgutscheinen so zu regeln, dass die studentische Nachfrage für die Universitäten entscheidend ist und sie daher gezwungen sind, ihr Lehrangebot an den Bedürfnissen der Studierenden auszurichten und untereinander in Wettbewerb um die Studienanfänger und um die Studierenden höherer Semester zu treten.

- durch Abschaffung der ZVS und anderer rechtlicher Zugangsbarrieren Universitäten die Auswahlfreiheit und Studierenden die Chance auf Zugang zu allen Hochschulen zu verschaffen
- den Hochschulen die Freiheit zu geben, auf privatrechtlicher Grundlage mit den Studierenden für Ihre Lehrleistung ein je nach Fachbereich unterschiedliches Entgelt zu vereinbaren. Sie stehen dabei im Wettbewerb mit den anderen Hochschulen und werden daher konkurrenzfähige Angebote machen.

Die während des Studiums anfallenden Forderungen werden auf einem Konto vermerkt, über dessen Stand der Studierende bzw. Absolvent regelmäßig informiert wird. Die Entgeltschuld verzinst sich jährlich in Höhe der Inflationsrate.

Die Bezahlung der Entgelte erfolgt folgendermaßen:

- Sobald und solange der Studierende bzw. Absolvent ein jährliches Bruttoeinkommen von über 30.000 Euro erzielt, ist er zur Zahlung in Höhe von 1000 Euro pro Jahr – also ca. 90 Euro monatlich – verpflichtet, bis der angefallene Betrag abbezahlt ist. Die Einkommensgrenze für die Rückzahlung erhöht sich beim Vorhandensein von Kindern entsprechend §18a S.2 BAFöG. Eine höhere Tilgung ist auf freiwilliger Basis möglich: die Hochschulen können hier autonom Anreize für eine schnellere Bezahlung setzen.
- Ab dem vierten Semester über der gesetzlichen Regelstudienzeit wird die Entgeltforderung für das laufende Semester sofort fällig. In Härtefällen (Schwangerschaft, Kindererziehung, hohe Unterhaltsverpflichtungen, Krankheit u. a.) wird die Fälligkeit weiterhin bis zum Erreichen der Einkommensgrenze hinausgeschoben.
- Die Hochschule wird direkt Gläubiger der Forderung, so dass ihnen das dadurch eingenommene Geld unmittelbar zu Gute kommt und nicht dem Fiskus.
- Um bereits kurzfristig finanzielle Verbesserungen für die Hochschulen zu ermöglichen, soll es ihnen gestattet sein, Entgeltforderungen zur Absicherung von Krediten an Dritte abzutreten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich sofort auf dem Kapitalmarkt Geld zu leihen. Für den Schuldner hat dies keine negativen Auswirkungen.

Mit der Zulassung von Studienentgelten entfallen alle staatlich verordneten Gebühren an den Hochschulen, etwa Verwaltungskostenbeiträge und Gebühren für Langzeitstudierende.